

1. Präambel

Soll die Präambel der neuen Verfassung Gott erwähnen?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

2. Amtssprachen (Art. 7)

Soll der Gebrauch der beiden Amtssprachen nach dem Territorialitätsprinzip geregelt werden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

3. Zweisprachige Gemeinden (Art. 7)

Die Gemeinden mit einer bedeutenden sprachlichen Minderheit können zwei Amtssprachen (Französisch und Deutsch) haben. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

4. Kanton und Sprachen der Gemeinden (Art. 7)

Damit Französisch und Deutsch Amtssprachen einer Gemeinde sein können, braucht es die Zustimmung des Kantons. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

5. Keine eingetragene Partnerschaft (Art. 15)

Die Freiheit, eine andere gemeinschaftliche Lebensform als die Ehe zu wählen, ist anerkannt. Dennoch ist keine eingetragene Partnerschaft vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

6. Mutterschaft (Art. 34)

Sollen, mangels einer Regelung auf Bundesebene, eine kantonale Mutterschaftsversicherung für erwerbstätige und eine Mutterschaftszulage für nicht erwerbstätige Mütter eingerichtet werden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

7. Volljährigkeit (Art. 44 und 53)

Gegenwärtig werden die politischen Rechte, wie übrigens auch die Mündigkeit, mit 18 Jahren erlangt. Soll das Alter für die Erreichung der Volljährigkeit bei 18 Jahren belassen werden oder auf 16 Jahre herabgesetzt werden?
 18 Jahre 16 Jahre keine Meinung

Anderer Vorschlag:

8. Politische Rechte auf kantonaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer (Art. 44)

Soll die Verfassung den niederlassungsberechtigten Ausländerinnen und Ausländern (C-Bewilligung), die ihren Wohnsitz seit mindestens fünf Jahren im Kanton haben, politischen Rechte auf kantonaler Ebene gewähren?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

9. Politische Rechte auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer (Art. 53 et 146)

Soll die Verfassung den niederlassungsberechtigten Ausländerinnen und Ausländern (C-Bewilligung), die ihren Wohnsitz seit mindestens fünf Jahren im Kanton haben, politischen Rechte auf kommunaler Ebene gewähren?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

10. Initiative und Referendum (Art. 45 et 50)

Für das Zustandekommen einer Volksinitiative oder eines Referendums sind 6000 Unterschriften erforderlich. Soll die Mindestanzahl Unterschriften beibehalten werden oder auf 4500 herabgesetzt werden?
 6000 4500 keine Meinung

Anderer Vorschlag:

11. Volksmotion (Art. 51)

300 Stimmberechtigte können eine Motion zuhanden des grossen Rates einreichen. Befürworten Sie die Volksmotion?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

12. Mindestlohn (Art. 60)

Soll die Verfassung bestimmen, dass das Gesetz einen Mindestlohn festsetzt?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

13. Kinderzulage (Art. 66)

Ein Kind = eine Zulage: Der Anspruch auf Kinderzulagen gilt nicht mehr ausschliesslich für Lohnempfänger, sondern wird auf Selbstständigerwerbende und nicht erwerbstätige Personen ausgeweitet. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

14. Kindergarten (Art. 69)

Soll am Kindergarten nach dem heutigen Modell (1 Jahr) festgehalten oder seine Dauer auf zwei Jahre erstreckt werden?
 1 Jahr 2 Jahre keine Meinung

Anderer Vorschlag:

15. Ausgeglichener Haushalt (Art. 92)

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung des Staates ist ausgeglichen. Die aufgrund der konjunkturellen Lage oder allfälliger ausserordentlicher Finanzbedürfnisse entstandenen Verluste sind innert fünf Jahren auszugleichen. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

16. Anzahl Grossratsmitglieder (Art. 106)

Die Anzahl der Abgeordneten im Grossen Rat wird von 130 auf 110 herabgesetzt. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

17. Justizrat (Art. 140 und 142)

Soll ein Justizrat eingerichtet werden, um die Aufsicht über die Justiz zu verstärken?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

18. Wahl der Richter (Art. 117, 140 und 143)

Soll der Grosse Rat, nach Begutachtung durch den Justizrat, die Richter wählen?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

19. Territorialstruktur (Art. 152)

Soll die territoriale Gliederung überprüft werden oder soll die gegenwärtige Gliederung (Bezirke) erhalten bleiben?
 überprüfen erhalten keine Meinung

Anderer Vorschlag:

20. Verhältnis zwischen Kirche und Staat (Art. 157)

Sind Sie für die öffentlich-rechtliche Anerkennung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Kirche?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

21. Andere Kirchen und Religionsgemeinschaften (Art. 158)

Andere Kirchen und Religionsgemeinschaften können vom Staat anerkannt werden, wenn ihre gesellschaftliche Bedeutung es rechtfertigt. Sind Sie damit einverstanden?
 Ja Nein keine Meinung

Anderer Vorschlag:

